

Graf zerzaust Idee aus Bern

Prämien Jetzt wehrt sich auch die Luzerner Regierung gegen die Neuregelung der Prämienregionen für die Krankenkasse. Kanton und Bund sind sich uneins darüber, wie stark die Bevölkerung belastet wird.

Kilian Küttel
kilian.kuettel@luzernerzeitung.ch

Der Streit um die neuen Prämienregionen nimmt weiter Fahrt auf: Erst gingen die Krankenversicherer auf die Barrikaden, dann die Gemeinden. Jetzt folgt die Luzerner Regierung. In einer Stellungnahme schreibt Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP): «Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass wir eine Neuerteilung der Prämienregionen nach Wahlkreisen vehement ablehnen.»

Stein des Anstosses: Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) will die Prämienregionen für die obligatorische Krankenversicherung neu organisieren. Ab 2018 sollen die Regionen nach Wahlkreisen und Bezirken und nicht mehr nach Gemeinden eingeteilt werden. Zudem soll es nur noch zwei Klassen statt drei Regionen geben. Das hiesse: Die Prämien in den günstigen Landregionen könnten stark steigen – um bis zu 390 Franken im Durchschnitt. Demgegenüber würden die Prämien in den bis anhin teuren Stadtregionen um 159 Franken sinken (Ausgabe vom 7. Dezember).

Angaben zu Mehrkosten driften auseinander

Der neue Kostenteller ist aus Sicht von Regierungsrat Graf nicht vertretbar: «Der vorgeschlagene Systemwechsel würde nach unseren Berechnungen bei rund der Hälfte der Bevölkerung zum Teil massive Prämien erhöhungen zur Fol-



Die Kosten für die Krankenkasse hängen von der jeweiligen Prämienregion ab.

Bild: Gaetan Bally/Keystone

ge haben.» Dem widerspricht Emanuelle Jaquet vom Bundesamt für Gesundheit: «Für etwa einen Fünftel der Luzerner Bevölkerung wird es teurer. Umgekehrt wird gut die Hälfte der Versicher-

ten entlastet.» Mit Gegenwind aus Luzern hat der Bund gerechnet. Jaquet: «Uns war bewusst, dass einige Kantone eine andere Einteilung bevorzugt hätten. Das Gesetz schreibt jedoch vor, dass

die Einteilung nach einheitlichen Kriterien erfolgen muss. Und das schränkt die Möglichkeiten stark ein.» Der Regierungsrat glaubt derweil, mit dem neuen System «wäre politische Unruhe pro-

grammiert». In der Tat: Es gibt Gemeinden, die überhaupt keine Freude an der Idee aus Bern haben. Wie die Gemeinde Hochdorf. Diese hätte eklatant höhere Prämien zu erwarten (Ausgabe vom 19. Dezember). Gemäss Gemeindepräsidentin Lea Bischof-Meter (CVP) ist der Vorstoss vom Grundsatz her falsch: «Wir begrüssen es daher, dass sich die Luzerner Regierung gegen die Neuregelung ausspricht.» Das Thema beschäftigt die Bevölkerung sehr.

Graf hofft auf Unterstützung der Parlamentarier

Luzern kämpft nicht auf verlorenem Posten. Unter anderem hat der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann eine Motion eingereicht. Diese verlangt, am jetzigen System festzuhalten. Das dürfte Wasser auf die Mühlen von Graf sein. Auf Anfrage erklärt er: «Je mehr ablehnende Antworten beim EDI eintreffen, desto grösser wird der Druck, die Angelegenheit nochmals zu überdenken. Unser Ziel ist es natürlich, dass der Bund auf die vorgeschlagene Änderung verzichtet.» Um dieses Ziel zu erreichen, zieht der Gesundheitsdirektor auch den Weg über die Lobby in Betracht.

Die Vernehmlassung dauert noch bis Mitte Januar. Zuerst will die Regierung abwarten, wie das EDI das Verfahren abschliesst. Sollte der Entscheid aus Sicht des Regierungsrates negativ ausfallen, «bin ich zuversichtlich, auf die Unterstützung der Luzerner Parlamentarier zählen zu können», so der CVP-Politiker.